

2. DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 19. APRIL 2006 IM GREUTERHOF, ISLIKON

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Liebe Delegierte
Geschätzte Gäste

Nicht nur an der heutigen Delegiertenversammlung von Bildung Thurgau stehen die Fremdsprachen im Zentrum, auch in der Presse können wir momentan fast täglich Gedanken von Befürworterinnen und Gegner der Volksinitiative „Für eine Fremdsprache an der Primarschule“ lesen. Auch in der nationalen Bildungslandschaft sind sich die kantonalen Entscheidungsträger nicht einig. Einige Kantone beginnen mit Englisch als erste Fremdsprache, die anderen mit Französisch, die einen in der dritten Klasse, die anderen in der zweiten Klasse. Die zwei Jahre Differenz, welche zwischen den Modellen 3/5 oder 3/7 entstehen würden, sind für die einen kein grosses Problem, für die anderen gefährden sie den nationalen Zusammenhalt.

Und inmitten dieser politischen Diskussion steht die Lehrerschaft, welche sich im Kanton Thurgau wie auch in anderen Kantonen mehrheitlich für **eine** Fremdsprache an der Primarschule ausspricht. Ohne sich die Argumente der Praktiker wirklich anzuhören, wird der Lehrerschaft für diese Haltung regelmässig „Faulheit, Bequemlichkeit, Reformverweigerer“ und ähnlich Schmeichelhaftes nachgesagt. Gegen diese Unterstellungen wehren wir uns in aller Form!

Skepsis ist gut begründet

Die Diskussion um eine oder zwei Fremdsprachen an der Primarschule zeigt in breiten Kreisen der Lehrerschaft nämlich etwas ganz anderes: Eine tiefe Besorgnis! Lehrerinnen und Lehrer sind weder generell reformfeindlich noch bequem oder fachlich überfordert. Ihre Skepsis gegenüber einer neuen Reform ist gut begründet! Wenn man als Lehrperson die Misserfolgsgeschichten mit Schulreformen und die gebrochenen Versprechungen der letzten Jahre erlebt hat, gibt man sich nicht mehr mit Vertrauensappellen zufrieden. Einige Reformvorhaben der letzten Jahre und solche in Planung wie die flächendeckende Einführung von Blockzeiten oder UIS (Unterrichtsentwicklung und Integrative Schule) zeigen, dass die dazu benötigten Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Umsetzung auch hier wieder aus finanziellen Gründen fehlen. Lehrer und Lehrerinnen wehren sich dagegen, einen für viele Kinder ungenügenden Fremdsprachenunterricht machen zu müssen, weil unter den momentanen Rahmenbedingungen kein besserer möglich ist. Schlechter Unterricht führt zu gravierenden Nachteilen für die Lernenden und zu nachfolgenden Beschuldigungen an die Adresse der Lehrerschaft. Dafür setzen wir uns nicht ein! Die politischen Entscheidungsträger können dem Zug Schule nicht unendlich viele Wagen anhängen. Die Lokomotive = Lehrplan und das Rollmaterial = Rahmenbedingungen müssen der Heterogenität der heutigen Reisenden angepasst und modernisiert werden. Dies ist ohne den Einsatz finanzieller Mittel nicht möglich.

Gegen den verordneten Misserfolg

Die Lehrerschaft wehrt sich nicht gegen zwei Fremdsprachen, sondern gegen den verordneten Misserfolg. Wenn die Gelingensprognose schlecht ist, weil unter anderem die finanziellen Mittel fehlen oder der Zeitplan unseriös erscheint, fällt es vielen

Lehrpersonen schwer, ja zu einem Unterricht zu sagen, welcher nicht die erwünschten Qualitätsansprüche erfüllt. Mit Appellen ans Hochdeutschsprechen ist es nicht getan, denn für Kinder und Jugendliche anderer Muttersprache werden Sonderanstrengungen benötigt. Es ist für eine erhebliche Zahl von Schüler und Schülerinnen sinnlos, die Primarstufe mit einer zusätzlichen Fremdsprache zu befrachten, wenn die muttersprachliche Basis für diese Lerngruppe noch völlig ungenügend ist. Lehrer und Lehrerinnen wollen einen wirksamen Fremdsprachenunterricht. Ein Unterricht, welcher der beträchtlichen Heterogenität der Lernenden bereits bei Schulbeginn und den teilweise schwierigen Lernvoraussetzungen in den Klassen nicht mit kleinen Lerngruppen begegnet werden kann, ein solcher Unterricht wird von der Lehrerschaft abgelehnt.

Gegen ein existierendes Lernverbot

Zu Recht wehrt sich das Gegenkomitee im Kanton Thurgau gegen ein sogenanntes „Lernverbot“. Auch die Lehrer wehren sich dagegen und verlangen entsprechende Fördermassnahmen in Kleingruppen. Die angekündigten Vorhaben aus jüngster Zeit zielen aber aus Kostengründen in eine andere Richtung. Denn spätestens seit PISA wissen wir, dass der Staat schon längst ein Lernverbot praktiziert. Für 20% der Jugendlichen ist der Einstieg ins Berufsleben gefährdet und weitere 10-15% auf der Gegenseite erhalten ebenfalls keine angepasste Förderung. Es liegt am Parlament und der Regierung, die entsprechenden Rahmenbedingungen mit den Folgekosten für die individuelle Förderung aller Kinder zu sprechen und das deshalb in der Realität bereits existierende Lernverbot aufzuheben. Wenn die Bildungspolitik das Erfolgs- und Misserfolgswissen der Lehrerschaft ernst nehmen würde, entstünde eine Sprachenpolitik, bei der alle Kinder das lernen könnten, was sie unbedingt bräuchten und wozu sie persönlich fähig wären.

Für guten Unterricht für alle

Die Lehrerschaft befürwortet ebenfalls einen frühen Beginn der ersten Fremdsprache. Diesen bereits auf der Unterstufe zu beginnen, macht Sinn. Ebenso begrüsst sie das Ziel, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schulzeit zwei Fremdsprachen lernen. Eine zweite Fremdsprache schon auf der Primarstufe zu beginnen, ist für viele Schüler und Schülerinnen wünschenswert und wird nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Darum unterstützen Lehrer und Lehrerinnen auch ein fakultatives Angebot der zweiten Fremdsprache ab der fünften Klasse. Es müssen dabei jedoch ganz bestimmte Erfolgsbedingungen erfüllt sein, damit das wünschenswert erscheinende erweiterte Fächerangebot nicht zu schlechteren Resultaten führt, als wir sie heute haben. Die Lehrerschaft weiss nämlich auch, dass das „Beherrschen“ der Fremdsprache für einen Grossteil der Schüler und Schülerinnen nicht erreicht werden kann. Es wird weiterhin Kinder und Jugendliche geben, für die das Insistieren auf genügenden Deutschkenntnissen und wenigstens eine Fremdsprache schon das oberste erreichbare Limit darstellt. Wer diese Tatsache ausblendet, diffamiert alle Lehrpersonen, welche täglich vor Schulklassen stehen und für das Erreichen nur schon minimalster Lernziele durch alle Schüler und Schülerinnen hart arbeiten. Ebenso ist allen Praktikern bewusst, dass ein erfolgloser Sprachunterricht nach dem Motto „von allem ein bisschen und nichts richtig“ die Motivation der Lernenden senkt und somit zusätzlich auch noch andere Bildungsansprüche beschädigen kann.

Für verlässliche Rahmenbedingungen

Damit dieses Risiko prozentual gesenkt werden kann, müssen die entsprechenden Gelingensbedingungen eingehalten werden. Wenn der Sprachenunterricht effektiver werden soll, muss der Unterricht noch besser als heute vor- und nachbereitet werden können. Das Arbeiten mit Kompetenzmodellen, Standards, Portfolios und Strategien der individuellen Förderung ist auch bei einer qualitativ hochstehenden Ausbildung der Lehrpersonen und guten Lehrmitteln weit aufwändiger als es die heutigen Arbeitsbedingungen der Lehrerschaft zulassen. In vielen erfolgreichen Ländern liegen die Pflichtlektionen-Zahlen nicht bei 28-30 wie bei uns, sondern bei 16-24, das heisst, dass in solchen Ländern bedeutend mehr Zeit auf eine seriöse Vor- und Nachbereitung des Unterrichtes verwendet werden kann. Ebenso unterrichten die Lehrpersonen in diesen Ländern nicht vier bis zehn Fächer, sondern eins bis vier. Ein weiterer ausschlaggebender Faktor beim Lernen ist die persönliche Betreuung der Schüler und Schülerinnen. Die Intensität der individuellen Förderung an Schweizer Schulen – ein gerade im Sprachbereich ausschlaggebender Faktor – ist im Vergleich mit PISA-Spitzenländern sehr schlecht. Die Anzahl Lehrpersonen pro Klasse liegt in der Schweiz bei 1,2 gegenüber fast 2 in Finnland, Schweden und anderen Ländern. Und dies obwohl unser Heterogenitätsproblem (z.B. der Anteil Ausländerkinder aus bildungsfernen Milieus) deutlich grösser ist. Intensität, das heisst die gut vorbereitete Kommunikation in kleinen, betreuten Lerngruppen ist jedoch das A und O eines wirksamen Unterrichtes.

Wir fordern deshalb den Regierungsrat, das Parlament und die Bevölkerung auf, die Anliegen der Lehrerschaft zum Wohle aller Schüler und Schülerinnen ernst zu nehmen und sich für einen effektiven, das heisst, individuellen Unterricht einzusetzen. Dazu sind die geforderten Rahmenbedingungen seitens der Fachpersonen und die entsprechenden Kosten unabdingbar. Nur so setzt sich die Mehrheit der Lehrerschaft für zwei Fremdsprachen an der Primarschule ein.

Islikon, den 19. April 2006



Anne Varenne
Präsidentin der Pädagogischen Kommission und
Mitglied der Geschäftsleitung von Bildung Thurgau